

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

TOP 6

Dr. Johann Wadephul zum Haushalt 2006:

„Das Land hat wieder Ziele und die Menschen machen mit“

In seiner heutigen Rede im Kieler Landtag zum Haushaltsplan 2006 sprach der Fraktionsvorsitzende der CDU Dr. Johann Wadephul von wichtigen Schritten in die richtige Richtung bei der Finanzpolitik der Landesregierung.

Nach Jahren steigender Neuverschuldung handele es sich um einen Haushaltsentwurf, in dem erstmals wieder die Nettoausgaben sänken, die Neuverschuldung um rund 140 Millionen gesenkt würde und trotzdem 100 Millionen Euro mehr als 2004 investiert würden. Die Investitionsquote des Landes steige damit von 8,4% auf 9,3%. „Diese Zahlen zeigen, dass die große Koalition unter Führung unseres Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die ihr im Februar diesen Jahres übertragene Verantwortung ernst nimmt“, so Wadephul.

„Die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte `deutliche Signal zur Umsteuerung` nicht nur eine leere Phrase ist, sondern von der gesamten Politik der neuen Landesregierung und auch von diesem Haushalt ausgeht“, so Wadephul weiter. Die neue Landesregierung mache ernst mit ihren Sparplänen und ihrem ehrgeizigen Ziel, die Neuverschuldung im Laufe der Legislaturperiode zu halbieren. „Dieses Land hat wieder Ziele, und das merken die Menschen und sie machen mit“, führte Wadephul dazu aus.

Die Haushaltslage sei jedoch so ernst, dass der Finanzpolitik Grenzen gesetzt sind. Daher sei es nötig, auch über die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen hinaus Mittel zu bewegen und zusätzliche Kredite aufzunehmen, d.h. der Schleswig-Holsteinische Landtag könne für das Haushaltsjahr 2006 keinen verfassungskonformen Landeshaushalt beschließen. „Wir wissen, dass dieser Zustand nicht akzeptabel ist und richten deshalb alle Anstrengungen darauf, schnellstmöglich wieder verfassungskonforme Haushalte aufzustellen“, so Wadephul.

Ungekürzte Rede Dr. Johann Wadephul zu TOP 6
- es gilt das gesprochene Wort -
a) Haushaltsstrukturgesetz zum Haushaltsplan 2006
b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2005 - 2009

Anrede,

ich möchte meinen Debattenbeitrag mit einigen Zahlen beginnen, die ich für besonders erwähnenswert halte:

Nach Jahren steigender Neuverschuldung beraten wir nämlich heute einen Haushaltsentwurf, in dem erstmals wieder **die Nettoausgaben sinken**, die **Neuverschuldung** um rund 140 Millionen **gesenkt** wird und trotzdem 100 Millionen Euro mehr als 2004 investiert werden. Die **Investitionsquote** des Landes **steigt** damit von 8,4% auf 9,3%.

Es wäre sicher vermessen, dies schon als Trendwende zu bezeichnen, aber es sind erste und wichtige Schritte in die richtige Richtung!

Diese Zahlen zeigen, dass die große Koalition unter Führung unseres Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die ihr im Februar diesen Jahres übertragene Verantwortung ernst nimmt.

Nicht umsonst hat auch die 100 - Tage- Bilanz des Ministerpräsidenten eine so gute Resonanz in den Medien bekommen.

Die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte „**deutliche Signal zur Umsteuerung**“ nicht nur eine leere Phrase ist, sondern von der gesamten Politik der neuen Landesregierung und auch von diesem Haushalt ausgeht. Sie erkennen: **Wir machen ernst mit unseren Sparplänen und unserem ehrgeizigen Ziel, die Neuverschuldung im Laufe der Legislaturperiode zu halbieren.**

Und doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Thema gilt das Wort Manfred Rommels: „Sparen heißt, Geld, das da ist, nicht auszugeben. Wer Geld, das nicht da ist, nicht ausgibt, ist kein Sparer“. Dieses Zitat macht noch deutlicher, wie ernst unsere Haushaltssituation ist, dass bei aller Einsicht der Verantwortlichen und der Bürger, die die Einschnitte erdulden müssen, der Finanzpolitik Grenzen gesetzt sind. Wir müssen gleichzeitig bremsen und Gas geben. Bremsen müssen wir die Ausgaben, Gas geben müssen wir bei Investitionen. Diese Quadratur des Kreises schaffen wir nur, wenn alle mitmachen. Und deshalb möchte ich an dieser Stelle die Stimmung in unserer Schleswig-Holsteinischen Bevölkerung aufgreifen, die mich in den letzten Tagen bei Veranstaltungen, die ich besucht habe, schwer beeindruckt hat. Die Menschen haben wieder Hoffnung. Sie kommen auf mich zu und sagen: „Ihr kriegt die Sache in den Griff, es passiert endlich etwas.“ Meine Damen und Herren: Mit dieser Stimmung können wir es schaffen. Und wir werden es auch schaffen. Dieses Land hat wieder Ziele, und das merken die Menschen und sie machen mit.

Auch wenn der Haushalt 2006 noch eine Nettokreditaufnahme von über 1,5 Milliarden Euro erfordert, ist und bleibt es unser ehrgeiziges Ziel die Nettokreditaufnahme über die Legislaturperiode hinweg schrittweise auf 1 Milliarde Euro im Haushaltsjahr 2009 zu reduzieren.

Angesichts eines von der Vorgängerregierung geerbten **Schuldenstandes von rund 22 Milliarden Euro** weiß jeder, welche Kraftanstrengungen dafür erforderlich sind.

Insofern gilt ein besonderer Dank unserem Finanzminister Rainer Wiegard, der mit diesem Haushalt unter Beweis gestellt hat, dass man auch in Zeiten knapper Kassen Politik verantwortungsvoll gestalten kann.

Nichtsdestotrotz ist die **Finanzlage** nach wie vor **dramatisch**: Die Deckungslücke im Haushaltsjahr 2005 beträgt über 1,7 Milliarden Euro und bereits heute ist abzusehen, dass, wie bereits in den vergangenen drei Jahren auch, im Jahr 2005 und in den kommenden Jahren in Schleswig-Holstein die Nettokreditaufnahme die Summe der eigenfinanzierten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen übersteigen wird.

Wir wissen sowohl um die ernstzunehmende **Kritik des Landesrechnungshofs** in diesem Punkt als auch um die polemischen Phrasen des finanzpolitischen Sprechers der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen, der nach jahrelanger Regierungsverantwortung auf einmal zu wissen vorgibt, wie die Probleme zu lösen sind. Schade nur, dass ihm das als Minister Jahr für Jahr nicht gelungen ist.

Der Landesrechnungshof kritisiert, dass die Landesregierung erst gar nicht den Versuch unternimmt, eine verfassungskonforme Begründung der Überschreitung der Kreditobergrenze, wie sie nach **Artikel 53 Landesverfassung** erforderlich und nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder bei der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes möglich ist, zu geben.

Meines Erachtens ist diese **Kritik nur teilweise berechtigt**, denn die geforderte Begründung, die die Vorgängerregierung zur Verfassungswidrigkeit noch gegeben hat, war augenscheinlich fingiert; und ich muss ganz klar sagen: Da ist mir eine ehrliche und klare Bestandsaufnahme, die nichts beschönigt und schonungslos die Lage beschreibt, allemal lieber als Begründungen, deren Fadenscheinigkeit mit Händen greifbar ist.

Wir wollen ehrlich gegenüber den Menschen sein und deshalb hat sich die Regierungskoalition darauf verständigt, einen **Entschließungsantrag** in die parlamentarische Beratung einzubringen, der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit als oberste Prinzipien nennt und deshalb offen und ehrlich erklärt, dass die Probleme des Landeshaushalts nur **zum Teil** auf eine vorübergehende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zurückzuführen sind. Die ernste finanzielle Lage des Landes ist nämlich auch auf **strukturelle Probleme** zurückzuführen, die sich in den vergangenen Jahren verstetigt und zu einer erheblichen Einschränkung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten des Landes geführt haben. Ursache dafür ist die unterbliebene rechtzeitige Anpassung auf der Ausgabenseite. So sind 92% durch gesetzlich festgelegte Ausgaben bereits fest gebunden. Hierzu gehören zum großen Teil der hohe Personalkostenanteil und die steigenden Pensionslasten.

Eine sofortige Reduzierung auf der Ausgabenseite würde zwar eine Absenkung der Nettokreditaufnahme bewirken, jedoch wäre das Land Schleswig-Holstein nicht mehr in der Lage weiterhin seine Aufgaben der Daseinsfürsorge zu erfüllen. Dies gilt beispielsweise für die Sicherung der Handlungsfähigkeit von Kommunen durch den Kommunalen Finanzausgleich, für die Bildungspolitik, für die Betreuung unserer Kinder und für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Daher ist es nötig, auch über die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen hinaus Mittel zu bewegen und zusätzliche Kredite aufzunehmen, d.h.

der Schleswig-Holsteinische Landtag kann für das Haushaltsjahr 2006 keinen verfassungskonformen Landeshaushalt beschließen. Wir wissen, dass dieser Zustand nicht akzeptabel ist und richten deshalb alle Anstrengungen darauf, schnellstmöglich wieder verfassungskonforme Haushalte aufzustellen.

Darüber sprechen wir uns für eine konsequente Politik der Haushaltskonsolidierung aus, für eine Verstärkung der Investitionstätigkeit sowie für das Anstoßen gesamtwirtschaftlicher Reformen, um die Zukunftschancen der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins zu sichern. Ziel dieser Politik ist es, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen, die notwendigen Gestaltungsspielräume u.a. für Bildung, soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit zurück zu gewinnen und die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte spürbar zu reduzieren.

Aber auch die **schlechte konjunkturelle Lage in Deutschland insgesamt** hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Schleswig-Holstein.

So ist das größte Problem die Massenarbeitslosigkeit.

Im Bund sind knapp **5 Millionen Menschen offiziell arbeitslos**, die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Hinzu kommen über **1,3 Millionen** Menschen, die sich **in Betreuungsprogrammen der Arbeitsverwaltung** befinden und weitere Hunderttausende, die sich enttäuscht zurückgezogen haben.

Ein so völliges, ausnahmsloses, umfassendes **Scheitern einer Bundesregierung hat** es noch nicht gegeben. Ich denke, wir erinnern uns noch alle daran, was Gerhard Schröder nach seiner Wahl zum Bundeskanzler gesagt hat; er möchte seine Politik an den Arbeitslosenzahlen messen lassen.

Sein Ziel war es, die Zahl der Erwerbslosen bis zum Herbst '02 auf 3,5 Millionen zu senken. Die eben genannten Zahlen belegen allerdings, dass er auf ganzer Linie gescheitert ist.

Auch in **Schleswig-Holstein** sahen die Zahlen zum **Zeitpunkt der Regierungsübernahme** düster aus: Die **Arbeitslosenzahl lag bei ca. 160.000**; die **Arbeitslosenquote bei 11,4 %**.

Zudem kennzeichneten **rund 4.000 Insolvenzen im Jahr**, ein **Rückgang der Investitionen** sowie ein **sinkendes Wirtschaftswachstum** die wirtschaftliche Lage im Land.

Die **Schaffung von Rahmenbedingungen für die Entstehung neuer Arbeitsplätze** sowohl wird nach dem Regierungswechsel im Bund am 18. September **absoluten Vorrang** haben, denn: **Sozial ist, was Arbeit schafft**. Wir brauchen, wie es der Bundespräsident formuliert hat, **Vorfahrt für Arbeit**.

Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion den Masterplan Angela Merkels.

Sie will:

- die Sozialabgaben senken,
- den Arbeitsmarkt flexibilisieren,
- eine Steuerreform auf den Weg bringen,
- mit dem Bürokratieabbau ernst machen und
- den Beitrag der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung senken und im Gegenzug die Mehrwertsteuer von 16% auf 18% erhöhen.

Die insbesondere an der **Mehrwertsteuer** geäußerte Kritik verwundert mich insofern, als sie insbesondere von denjenigen kommt, die sie selbst einmal propagiert haben. So titelt auch der Spiegel in seiner Ausgabe vom 15. August „Kollektive Gedächtnislücke“ und benennt als prominente Vertreter der SPD für eine Mehrwertsteuererhöhung Hans Eichel, der eine Anhebung bis zu 21% vorsah, den Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement den früheren Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins Peer Steinbrück und last but not least unseren damaligen Finanz- und jetzigen Innenminister Ralf Stegner, der selbst behauptete „Um eine Anhebung der Mehrwertsteuer kommt niemand herum“, sowie die frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis. Sie und Minister Stegner schlugen in ihrem Ende 2004 vorgestellten Steuerkonzept eine Erhöhung um 3 Prozentpunkte vor, um dadurch eine Senkung der Sozialbeiträge um gerade mal einen Punkt zu erreichen.

Anrede,
da ist mir das Programm von Angela Merkel doch sympathischer, die eine Mehrwertsteuererhöhung um 2% anstrebt, um die Lohnnebenkosten ebenfalls um 2% zu senke. Das ist sozial gerechte Politik!

Natürlich sind für alle von den Einsparmaßnahmen betroffenen Menschen, die Maßnahmen schwer zu verkraften, aber so wie die CDU im Bund mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer ein höheres Nettoeinkommen verspricht, hat auch die Landesregierung in Schleswig-Holstein zugleich **Reformen** auf den Weg gebracht, die den **Haushalt** in den kommenden Jahren **entlasten** werden.

Dazu trägt z.B. der vom Justizministerium entwickelte Entwurf zur **Amtsgerichtsstrukturreform** bei. Er eröffnet Perspektiven im Hinblick auf notwendige Synergieeffekte und Spezialisierungsmöglichkeiten.

Auch mit der **Verwaltungsstrukturreform** werden wir Einsparungen durch Effizienzgewinne erreichen, indem wir die Verwaltungen der Kommunen und auch des Landes so professionell, bürgernah und wirtschaftlich wie möglich aufstellen. Ziel der Reform ist und bleibt, Doppel- und Dreifach-Zuständigkeiten zwischen Land, Kreisen und Kommunen zu beseitigen und Synergie-Effekte zu erzielen, von denen alle Ebenen profitieren.

Fest steht aber auch:

Eine Gebietsreform wird es nicht geben!

Die vier bis fünf **Dienstleistungsbereiche**, die in der Trägerschaft der Kreise entstehen, werden daher auch nicht automatisch die Keimzelle für vier bis fünf Regionalkreise sein, wie es die Grünen in die Reform hineindichten. Solche Wunschvorstellungen kann auch nur haben, wer aufgrund fehlender Legitimation nicht weiß, wie in den Kommunalparlamenten gearbeitet wird.

Die CDU steht für den Erhalt der vielfältigen ehrenamtlichen Strukturen und wird dafür Sorge tragen, dass die Selbstverwaltung vor Ort erhalten bleibt.

Mit der Verwaltungsstrukturreform einher geht die **Überprüfung aller Aufgaben, Vorschriften und Strukturen in der Landesverwaltung**. Wir wollen und werden uns von Aufgaben trennen und Aufgaben an die kommunale Ebene abgeben, die diese viel effizienter erledigen kann.

Der neue **Schleswig-Holstein-Fonds** der Landesregierung ist ein klares Aufbruchsignal für die Wirtschaft und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein. Trotz schwieriger Haushaltslage ist der Landesregierung mit dem

Schleswig-Holstein-Fonds ein Kraftakt gelungen, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen.

Mit Landesmitteln in Höhe von 415 Mio. € bis 2009 und ergänzenden Darlehen stehen 800 Mio. € zur Verfügung, die ein Investitionsvolumen von mehr als 1,6 Mrd. € in Schleswig-Holstein zugunsten der Schwerpunktbereiche Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Forschung und Bildung auslösen werden.

Schwerpunkte liegen in dem für unser Bundesland dringend notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie in den Bereichen Innovation, Technologie und Wissenschaft.

Außerdem wird zusätzliches Geld bereitgestellt, um EU- und Bundesmittel zum Ausbau der Infrastruktur verstärkt nutzen zu können.

Herausragende Bedeutung haben die sogenannten Leuchtturmprojekte, mit denen Kernkompetenzen des Landes gestärkt und neue Potentiale erschlossen werden sollen.

Dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der mit gut 150.000 € aus dem Schleswig-Holstein-Fonds gefördert werden soll, kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Die derzeitige **Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein und die Marktferne erschweren wirtschaftliches Handeln. Das **wichtigste Verkehrsprojekt** für die Zukunft unseres Landes ist daher der beschleunigte Ausbau der **A 20** mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt und einer Anbindung an das niedersächsische Fernstraßennetz, das unter der CDU-geführten Regierung bereits konkrete Formen annimmt. Das von Frau Merkel in Aussicht gestellte **Verkehrswegebeschleunigungsgesetz**, das auf ganz Deutschland übertragen werden soll, findet unsere volle Unterstützung. Von der darin geregelten **Vereinfachung der Planung** und einer **Verkürzung der Planungszeiten** wird auch Schleswig-Holstein als Transitland stark profitieren.

Mit dem Schleswig-Holstein-Fonds einher geht das am 9. August beschlossene Konzept der Landesregierung zur Nutzung von „**Public Private Partnership**“, das ebenfalls dazu dient, Beschäftigung und Wachstum endlich wieder anzukurbeln. Mit der Beteiligung von privaten Investoren am Bau und Betrieb öffentlicher Einrichtungen wird die Landesregierung den Zustand und die Leistungen der staatlichen Infrastruktur verbessern und zugleich die Auftragslage der heimischen Wirtschaft stärken. Mittel- und langfristig können vom durchdacht eingesetzten Instrument der öffentlich-privaten Partnerschaft viele Bereiche profitieren; wie beispielsweise Kultur, Forschung, Bildung und Soziales.

Schleswig-Holstein muss wieder zurück in die Gruppe der wachstumsstarken Bundesländer kommen.

Auch wenn die **Erneuerung des Bootsparkes der Wasserschutzpolizei** sowie die **Einführung des Digitalfunks** noch keine PPP-Projekte sind, so sind sie doch besonders hervorzuheben, da sie die „größten Investitionen in der jüngeren Geschichte der Landespolizei darstellen“, wie der Innenminister zu Recht hervorgehoben hat.

Mit der Anschaffung neuer Boote für die Wasserschutzpolizei wird eine alte CDU-Forderung erfüllt. Die jährliche Bereitstellung von 25,5 Millionen Euro beweist, dass die neue Landesregierung der Inneren Sicherheit einen hohen Stellenwert beimisst. Gleiches gilt für die Einstellung von Verpflichtungsermächtigungen bis zum Jahr 2010 in Höhe von 58 Mio. Euro € für die Einführung eines einheitlichen Digitalfunks für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

Wir haben schon immer davor gewarnt, die Innere Sicherheit der Kassenlage zu opfern, denn Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie gerade auch im Bereich der Kommunikationseinrichtungen über eine zeitgemäße Ausstattung verfügen.

Was die Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik anbelangt, hinkt Deutschland den europäischen Nachbarstaaten hinterher. Ähnlich schlecht stellt sich die Lage allein in Albanien dar.

Für die CDU war und ist die **Verbesserung der Bildungschancen** junger Menschen ein zentrales Anliegen.

Der **jüngst veröffentlichte PISA-Ländervergleich** bestätigt in eindeutiger Weise die Bildungspolitik der Union, die konsequent auf "**Fördern und Fordern**" setzt und in einem gegliederten Schulsystem die Begabungen der Schüler und ihre Leistungsfähigkeit entwickelt. Nicht umsonst sind **CDU-regierte Bundesländer** wie Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen in die **Spitzengruppe** aufgeschlossen und rangieren auch beim zentralen Thema des PISA-Vergleichs 2003, der Mathematik, international in der Spitzengruppe.

PISA 2003 hat gezeigt, dass Deutschland sich verbessern kann und Schleswig-Holstein ist bereits dabei, seine Bildungspolitik neu zu gestalten:

Mit Ausnahme der Hauptschullehrkräfte wird für beamtete Lehrkräfte zum 1.8.2006 die **Unterrichtsverpflichtung um eine halbe Unterrichtsstunde erhöht**. Diese Maßnahme generiert mehr Unterricht im Umfang von über **300 Stellen**. Dadurch können ab dem **Schuljahr 2006/2007** der **Englisch-Unterricht an den Grundschulen**, die **Verlässliche Grundschule** und der **Förderfonds** realisiert sowie der noch aufwachsende Lehrerbedarf gedeckt und in einem ersten Schritt die angestrebte Unterrichtsgarantie verwirklicht werden.

Die protestierenden Lehrer mögen bedenken: Sie haben im Gegensatz zu vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen sicheren Arbeitsplatz. In unserer finanziellen Notlage ist die Mehrarbeit absolut zumutbar!

Folgende weitere Eckpunkte im Haushalt im Bildungsbereich von zentraler Bedeutung:

- Bei der Veranschlagung der Personalausgaben der Lehrkräfte wird davon ausgegangen, dass alle frei werdenden Lehrerstellen auch wieder besetzt werden.
- Der bestehende Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls wird mit 12,1 Mio. € weitergeführt.
- Zur besseren individuellen Förderung in der Sekundarstufe I in den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sowie zur Unterstützung neuer Formen längeren gemeinsamen Lernens in den Gemeinschaftsschulen wird ein Förderfonds eingerichtet, der den Gegenwert von bis zu 40 Stellen oder 0,9 Mio. € ab dem 1. August 2006 umfasst. Das Haushaltsgesetz enthält eine entsprechende Ermächtigung. Der Förderfonds soll bis zum Jahr 2010 auf einen Umfang von 200 Stellen ausgebaut werden.
- Für Betreuungsangebote und den weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten sind im Landeshaushalt rund 4,2 Mio. € vorgesehen.
- Im Haushaltsjahr 2006 sind für Maßnahmen der vorschulischen Sprachförderung 3,0 Mio. € vorgesehen. Ab 2007 sind hierfür 6,0 Mio. € eingeplant, für die gesamte Legislaturperiode 27 Mio. €.

- 200 T€ werden für die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern bereitgestellt, um die Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten und Tagespflegestellen voran zu bringen, insbesondere durch Stärkung des Bildungsauftrags und Förderung von Grundkompetenzen vor der Einschulung.

Aber nicht nur die Bildungs-, sondern auch die Agrar- und Umweltpolitik der neuen Landesregierung hat eine Trendwende eingeleitet. So ist die zusätzliche Grünlandprämie entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag gestrichen worden. Den Ackerbauern, die ohnehin schon unter dem Preisverfall zu leiden haben, werden damit keine zusätzlichen Belastungen mehr aufgebürdet. Wir haben mit dieser Maßnahme ein Versprechen eingelöst, das wir bereits vor der Wahl gegeben haben und für das wir auch gewählt wurden. Insofern ist aus unserer Sicht der von Bündnis 90/ die Grünen zu dieser Landtagstagung eingebrachte Antrag zur Stärkung des Grünlandes auch schlichtweg abzulehnen. Wir halten nämlich die Versprechen, die wir vor der Wahl geben haben.

Gleiches gilt für die Jagdzeitenverordnung, die sich bereits in der Anhörung befindet, und die geplante Krähenverordnung. Auch hier werden im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen eingelöst.

Dies alles zeigt, dass Koalition und Landesregierung Politik mit und nicht gegen den Bürger macht. Wir alle sind uns unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein bewusst und wissen, dass wir in schwierigen Zeiten die Regierungsverantwortung übernommen haben.

Wir wollen eine aktive und verantwortungsvolle Politik für Schleswig-Holstein machen und unterstützen unseren Ministerpräsidenten auf seinem Weg der Haushaltskonsolidierung!